



Ausschuss für Europa und Eine Welt

26. Sitzung (öffentlich)

24. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Nicolaus Kern (PIRATEN)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Bericht über die Arbeit der Europäischen Bürgerbeauftragten **6**

Gast:

Herr Gerhard Grill, Direktor im Büro der Europäischen Bürgerbeauftragten

Im Anschluss an den Bericht von Direktor Gerhard Grill diskutiert der Ausschuss über verschiedene Fragestellungen.

2 „Vorstellung der Partnerschaft zwischen den Steyler Missionaren und Ghana“ **21**

Gäste:

Herr Pater Dr. Moses Asaah Awinongya SVD

Herr Frank Uhland

Pater Dr. Moses Asaah Awinongya SVD und Frank Uhland stellen die Stiftung Regentropfen und das Career Development Center mithilfe einer PowerPoint-Präsentation vor und diskutieren mit den Abgeordneten über verschiedene Fragestellungen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 33

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

Einzelplan 02 – Zuständigkeit des Ausschusses
Einzelberatung der Haushaltsansätze

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) beantwortet die Fragen der Abgeordneten.

4 Sachstandsbericht der Landesregierung zur Partnerschaft mit der Region „Mpumalanga“ 38

Vorlage 16/2299

– Aussprache. 38

5 Wirksame Bekämpfung von Menschenhandel nur in Verbindung mit nachhaltigen Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen möglich – Richtlinienkonforme Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU 42

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2891

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2891** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion und Nicht-Anwesenheit der FDP-Fraktion **ab**.

6 Verschiedenes**43**

Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) unterrichtet den Ausschuss über den Stand der Auszeichnungen „Europaaktive Kommunen in Nordrhein-Westfalen 2014“.

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

Einzelplan 02 – Zuständigkeit des Ausschusses
Einzelberatung der Haushaltsansätze

Vorsitzender Nicolaus Kern hält fest, der Gesetzentwurf – Drucksachen 16/6500 und 16/6710 – seien am 10. September 2014 nach der ersten Lesung einstimmig zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an die übrigen Ausschüsse überwiesen worden. Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren habe in der letzten Sitzung am 26. September 2014 ihren Einführungsbericht gegeben. Für heute seien die Einzelberatungen vorgesehen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sei für die kommende Sitzung am 21. November 2014 vorgesehen.

Frau Ministerin habe in der vergangenen Sitzung erläutert, dass sich die Haushaltsstruktur für das Jahr 2015 durch die anstehende Umstellung des bisherigen kameraleen auf das kaufmännische Rechnungssystem verändert habe. Die einzelnen Ansätze würden entweder dem sogenannten Ergebnishaushalt bzw. dem sogenannten Transferhaushalt zugeordnet. Ausgenommen von der neuen Struktur seien die Mittel für die Landesvertretung in Brüssel.

Er wolle nun die einzelnen Kapitel zum **Ergebnishaushalt** aufrufen.

Bei **Kapitel 02 010 – Ministerpräsidentin – Titelgruppe 63 – Europa** – kommt **Matthias Kerkhoff (CDU)** auf das Thema Haushaltssperre zu sprechen. Es sei die Rede davon, dass es Stornokosten hinsichtlich abgesagter Veranstaltungen gegeben hätte. Er wüsste gerne, wie hoch die Einsparungen aufgrund der Haushaltssperre gewesen seien und welche Veranstaltungen nicht stattgefunden hätten.

Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Dr. Angelica Schwall-Düren, antwortet, das habe keine Auswirkungen auf den Haushalt 2015, der hier beraten werde. Es gebe Antworten auf eine Kleine Anfrage, die die Frage beantworte, soweit das zum derzeitigen Zeitpunkt schon möglich sei. Die letztendlichen Einsparungen könne man erst bis Ende des Jahres genau feststellen. Sie versichere – Sie habe die Zahlen nicht vorliegen –, dass die Stornokosten, die angefallen seien, sich in einem sehr geringen Umfang bewegten, weil selbstverständlich dort, wo das Land vertragliche Verpflichtungen eingegangen sei, diesen vertraglichen Verpflichtungen auch nachgekommen werde. Man habe immer sehr genau abgewogen, ob das Ziel mit der Haushaltssperre, Ausgaben zu vermeiden, tatsächlich auch sinnvoll erfüllt werde.

Peter Preuß (CDU) gibt an, in **Kapitel 02 010 – Titel 427 63 – Ausgaben für die Beratungen durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte** – würden 95.000 € veranschlagt. Der Ansatz sei 2014 zum ersten Mal eingerichtet worden. Er frage, welche Beratungsleistungen in welcher Höhe eingekauft worden seien.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) erklärt, das werde nachgeliefert. Herr Preuß wolle wissen, was 2014 tatsächlich als Auftrag vergeben worden sei. Man könne davon ausgehen, dass auch im Rahmen der Haushaltssperre dieser Titel nicht ausgeschöpft worden sei.

Werner Jostmeier (CDU) macht darauf aufmerksam, dass im Erläuterungsband – Vorlage 16/2182, S. 60 – vom Regionalen Weimarer Dreieck gesprochen werde. Es heiße, dass dafür eine Verpflichtungsermächtigung notwendig sei. Er frage, wofür sie gebraucht werde.

Frau Ministerin habe bei der Einbringung des Haushaltes mit Stolz darauf hingewiesen, dass es ein neu eingerichtetes Referat für die Benelux-Länder gebe. Dieses Referat habe nach dem Stand von vor vier Wochen noch keinen Chef oder keine Chefin. Weitere Zuständigkeiten sollten dort gebündelt werden. Er frage, wie unter diesen Voraussetzungen die Verstärkung der Benelux-Arbeit aussehe.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (MBEM) betont, die Benelux-Arbeit werde sehr intensiv praktiziert, auch jetzt schon beispielsweise durch eine weitere Ausdehnung des Engagements im Deutsch-Niederländischen Forum – das sei ein Teilaspekt der Benelux-Arbeit. Man könne davon ausgehen, dass nach dem Abschluss der Haushaltssperre die Möglichkeit bestehe, hier eine personelle Verstärkung und damit auch eine Leitungsfunktion in diesem Referat einzurichten.

Was die Verpflichtungsermächtigung für das Weimarer Dreieck angehe, so stehe sie jedes Jahr im Haushalt, weil im Vorhinein schon für das kommende Jahr geplant werden müsse. Bekannt sei, dass damit feste Aktivitäten in der Zusammenarbeit des Weimarer Dreiecks verbunden würden. Sie müsste jetzt schon bei den Kollegen aus Schlesien und Frankreich sein, die am Nachmittag an der Veranstaltung teilnehmen. Es finde eine Arbeitssitzung statt, um die Zusammenarbeit weiter vorzubereiten und zu beraten.

Sie verweise auf den regelmäßigen trilateralen Jugendgipfel. Regelmäßig finde eine Kulturveranstaltung statt. Das sei nicht nur eine Veranstaltung, in der irgendein Künstler eingeflogen werden und man hänge das Schild Weimarer Dreieck darüber, sondern es sei eine Veranstaltung, in der kulturschaffende Künstler aus den drei Regionen spezifisch für dieses Ereignis zusammenarbeiteten. So werde es am Abend eine Choreografie von drei Choreografinnen aus den drei Regionen geben. Hier hätten schon Literaturveranstaltungen, Musikveranstaltungen stattgefunden. Es habe ein eigens dafür komponiertes Jazzkonzert gegeben, das im November auch in Nordrhein-Westfalen noch einmal aufgeführt werde.

Jährlich fänden Tagungen zur Nachnutzung des industriellen Erbes statt. Dieses Thema beschäftige die Regionen als altindustrielle und in der Transformation befindliche Regionen sehr intensiv. Um diese Aktivitäten vorzubereiten, stehe jeweils eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt.

Da sie nun die Sitzung verlassen müsse, werde der Herr Staatssekretär die weiteren Fragen beantworten.

Zu **Kapitel 02 010 – Titelgruppe 64 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – Titel 529 64 – Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen** – führt **Dr. Joachim Paul (PIRATEN)** aus, für humanitäre Maßnahmen stünden 20.000 € seit Jahren zur Verfügung. Im Jahre 2008 seien im Kontext mit China nachträglich 200.000 € veranschlagt worden. Angesichts der aktuellen Krisenentwicklungen weltweit wäre eine Steigerung sicher angezeigt. Nordrhein-Westfalen und die Landesregierung hätten den Anspruch, humanitäre Hilfe zu leisten. Von daher wäre es sicher sinnvoll, diese Haushaltsposition anzupassen. Wenn, wie in den vergangenen Jahren trotz des geringen Ansatzes hinterher mehr ausgegeben werde, so wüsste er gerne, wie das Prozedere aussehe, woher die Gelder kämen.

Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) merkt an, man bemühe sich in Abstimmung mit dem FM, besondere Leistungen zu erbringen. Aktuell werde versucht, 20.000 € für Syrien auf den Weg zu bringen. Das sei im Zuge der Haushaltssperre ausgesprochen kompliziert. Das Beispiel China zeige, dass man sofort in Gesprächen mit dem Finanzministerium eintrete, um darauf reagieren zu können. Es werde versucht, die Summe so groß wie möglich auszugestalten. Insofern sei das ein Platzhalter von 20.000 €. Das sei ein Signal. Wenn man in der Lage sei, werde man auch darüber hinausgehen.

Sodann werden Fragen zum **Transferhaushalt** gestellt.

Matthias Kerkhoff (CDU) merkt an, **Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – Titel 896 00 – Zuschüsse für Investitionsausgaben im Ausland** –, werde um 170.000 € auf 50.000 € reduziert.

Die **Titel 684 10 – Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit** sowie **684 20 – Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen** – würden erhöht. Das sei eine Mittelschichtung. Eben habe man in dem Vortrag sehen können, wie konkret praktisch bezogene Hilfe geleistet werde. Er frage, welche Strategie diese Mittelschichtung zugrunde liege und wer davon profitiere.

StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) antwortet, innerhalb des Ressorts solle umgestellt werden, weil man vor allem Mehrausgaben bei der politischen Bildungsarbeit und beim Promotorenprogramm vornehmen werde. Die Promotoren seien entscheidend, um die Eine-Welt-Strategie umzusetzen. Er nutze die Gelegenheit, sich bei allen Beteiligten zu bedanken. Das Promotorennetzwerk sei für die Umsetzung der Ei-

ne-Welt-Strategie von zentraler Bedeutung. Mit den Promotoren gelinge es, dies landesweit nahezu in allen Teil hinzubekommen. Er glaube, dass diese Akzente in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit ganz entscheidend seien. Das werde anteilig für das Eine-Welt-Netz NRW in Münster und die Außenstelle von Engagement Global in Düsseldorf getragen. In Teilen werde das auch durch das BMZ finanziert. Das sei das Anerkenntnis für die herausragende Arbeit. In diesem Bereich sei umgeschichtet worden.

Dr. Stefan Berger (CDU) macht darauf aufmerksam, dass er vor einigen Jahren in seiner Fraktion für das Promotorenprogramm zuständig gewesen sei. Vornehmlich sei es um Bewusstseinsbildung gegangen. Damals habe man das noch Nord-Süd-Konflikt genannt, wobei er nicht wisse, ob das Konfliktbewusstsein nicht mittlerweile auch auf andere Konflikte ausgedehnt werden müsse. Derzeit habe man nicht nur Nord-Süd-Konflikte, sondern auch Ost-West-Konflikte, Konflikte in Afrika, teilweise religiös motiviert. Er frage, ob das Promotorenprogramm wissenschaftlich evaluiert worden sei. Der Staatssekretär sage, dass das eine gute Arbeit mache. Dem könne er bei dem wenigen, was ihm bekannt sei, nicht einfach widersprechen. Da, wo Landesgeld schon über einen sehr langen Zeitraum ausgegeben werde, wäre es vernünftig, wissenschaftlich zu beurteilen, welche Wirkung mit diesem Geld erzielt werde.

StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) unterstreicht, dass, was das Land seit vielen Jahren erfolgreich tue, sei mittlerweile auch beispielgebend und maßgebend für weitere Initiativen. Er habe in seiner Antwort auf die Frage des Abgeordneten Kerkhoff darauf hingewiesen, dass der Bund auch hier in die Finanzierung eingestiegen sei. Seit 2013 gebe es ein gemeinsames Bund-Länder-Promotorenprogramm, an dem sich 12 der 16 Länder beteiligten. Hier sei das, was aus Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren erfolgreich geleistet werde, maßgebend und prägend.

Dr. Berger habe aber völlig recht, nichts sei so gut, als dass es nicht noch besser werden könne. Bald werde er schon über die längst in Auftrag gegebene Evaluation des Promotorenprogramms im Ausschuss berichten können. Erst vor Kurzem habe man in der Staatskanzlei mit den Promotorinnen und Promotoren gearbeitet. Ein Schwerpunkt sei, dass sich das Land in das anstehende Europäische Jahr der Entwicklung einbringen wolle. Es gehe auch darum, wie das Zusammenspiel zwischen der NRW-Inlandsarbeit und dem EU-Jahr der Entwicklung gelingen könne. Das seien erfreuliche, fruchtbare und zielführende Gespräche. Er bedanke sich bei allen Promotorinnen und Promotoren, die eine alternativlose Arbeit leisteten.

Werner Jostmeier (CDU) meint, diese Argumentation höre er jetzt zum fünften Mal. Seit September 2010, nachdem die Regierung gewechselt habe, werde so argumentiert, dass der Ansatz in jedem Haushalt, in diesem Haushalt sogar auf 50.000 € reduziert werde. Die konkrete Hilfe, die konkrete Entwicklungspolitik, die konkreten Investitionen in Partnerländern würden gekürzt, faktisch auf null gesetzt – und das zugunsten einer Bildungspolitik, die angeblich alternativlos sei.

Welche Gruppen davon profitierten, wisse jeder im Saal. Er bezweifle, dass das eine verantwortungsvolle Eine-Welt-Politik sei, die man hier betreibe. Seine Fraktion sei grundsätzlich anderer Meinung. Er meine schon, dass man mit diesem Geld konkret in den Entwicklungsländern, in Partnerländern sehr viel mehr, sehr viel wirksamer Hilfe leisten könne, da, wo es wirklich nottue.

StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) erwidert, durch die Rahmenvereinbarungen mit der GIZ sei die Qualität der Auslandsaktivitäten auf eine ganz neue Basis gestellt worden. Bis zum Abschluss der Rahmenvereinbarung habe das Land lediglich einen Mietkostenzuschuss an die GIZ überwiesen. Durch einen erheblichen Ansatz, der überrollt sei, 1,3 Millionen € Zuschüsse an die GIZ habe man einen qualitativen Schritt der Aktivitäten im Ausland getan. Die Rahmenvereinbarung sei mehrfach vorgestellt worden. Sie sei in der Qualität herausragend.

Wenn man schaue, was an Leitprojekten in Ghana mit der GIZ gemacht werde – Stichwort Energieeffizienz und Ressourcenschutz für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung –, welche Qualifizierungsmaßnahmen von Fachkräften und Führungskräften in Ghana und Kenia beispielsweise im Bereich Abfall und Kreislaufwirtschaft durchgeführt würden, dann seien das von der GIZ sehr erfolgreich durchgeführte Projekte. Das Land lasse nicht nach, sondern gebe eine faire Balance zwischen dem, was notwendig sei, um im Inland eine Ein-Welt-Strategie umzusetzen. Selbstverständlich würden mit dem starken Partner GIZ aus Bonn heraus konkrete Projekte in Regionen dieser Welt organisiert, und zwar Projekte, die auf Augenhöhe basierten, die Know-how-Transfers in beide Richtungen ermöglichten.

Diese Dinge würden mit großem Engagement durchgeführt. Wie erfolgreich diese Arbeit sei, werde sicherlich auch auf der jetzt erstmalig gemeinsam mit der GIZ im nächsten Jahr stattfindenden Conference for Global Transformation zum Ausdruck kommen. Das sei eine neue Qualität der Zusammenarbeit mit der zentralen bundesrepublikanischen Institution. Er sei sehr dankbar, dass diese Rahmenvereinbarung habe geschlossen werden können. Die Früchte seien für alle Akteurinnen und Akteure gut zu genießen.

